

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtslicher Theil.

Der Staatsminister hat den Supplenten am k. k. Gymnasium zu Capo d'Istria Fidel Währ zum wirklichen Lehrer an dieser Lehranstalt ernannt.

Das k. k. Handelsministerium hat laut Erlasses vom 7. März d. J., Z. 2918, dem Wilhelm Fehleisen, Ingenieur der k. k. priv. Südbahngesellschaft in Cilli, und dem Ernst Fehleisen, Chemiker ebendasselbst, auf eine Verbesserung in der Erzeugung des Haloxilins ein ausschließendes Privilegium für die Dauer eines Jahres zu erteilen befunden; was mit dem Beifügen hiemit bekannt gemacht wird, daß die Privilegiumsbeschreibung, deren Geheimhaltung angefragt wurde, sich im k. k. Privilegien-Archiv befindet. Von der k. k. Landesregierung für Krain. Laibach am 1. April 1865.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 4. April.

Durch die nächsten Donnerstag in Frankfurt stattfindende Beschlußfassung über den bairisch-darmstädtischen Antrag soll — so heißt es — eine Wendung in der Situation eintreten. Wir glauben nicht daran; wir sind gewohnt, die deutschen Angelegenheiten stets verschleppt und verfahren zu sehen, so daß wir auch der in Aussicht gestellten „Wendung“ kein besonderes Vertrauen entgegen tragen.

Vergegenwärtigen wir uns ein wenig den Stand der Dinge. Oesterreich und Preußen befinden sich im gemeinsamen Besitze der Herzogthümer, auf welche außer dem Erbprinzen von Augustenburg verschiedene Präbenden, darunter auch Preußen, Erbansprüche erheben, und vermögen sich nicht über das endgültige Schicksal dieser Länder zu verständigen. Der mittelstaatliche Antrag spricht nun die „vertrauensvolle Erwartung“ aus, die beiden Großmächte werden dieselben dem Erbprinzen von Augustenburg, als dem bestlegitimierten unter den Präbenden, in die eigene Verwaltung übergeben, darüber soll in der Bundestags-sitzung vom 6. d. abgestimmt werden. Die beiden Großmächte können eigentlich über diesen Antrag nicht mitstimmen, da sie doch an sich selbst keine Aufforderung richten können; ihre Stellung zu der Frage müssen sie im Falle, daß dieser Antrag zum Beschlusse erhoben wird, durch ihre Erklärungen kundgeben. Nun ist zwar anzunehmen, daß Oesterreich sich bereit erklären wird, dieser vertrauensvollen Erwartung zu entsprechen; aber ebenso gewiß ist es, daß Preußen sich dem Anspruche des Bundes nicht fügen und die Aufforderung mit einer energischen Verwahrung beantworten wird. Was dann?

Soll Oesterreich seinen Mitbesitz an den Erbprinzen von Augustenburg übertragen und seine Truppen aus den Herzogthümern zurückziehen? Dann erhält Preußen vollständig freie Hand, und kann das Schwerkriegs seiner politischen Interessen und vorgeblichen Rechtsansprüche gegen den provisorischen Herzog um so mächtiger wirken lassen. Soll der Bund die Exekution gegen Preußen beschließen? Wer würde sie wohl ausführen, so lange Oesterreich an dem Bündnisse mit Preußen festhält! Die Mittelstaaten allein werden sich zu solch' kühnem Entschlusse nicht aufraffen. Ein Appell an das deutsche Volk dürfte aber Preußen gegenüber kaum mehr jener Einmüthigkeit begegnen, die vorhanden war, als es galt, das herrliche Sattelland zwischen zwei Meeren den Dänen zu entreißen! Die Zeit hat ihre Wirkung gethan und die Aussicht auf neue Erwerbungen den Blick eines großen Theiles von der früher allein maßgebenden Rechtsfrage abgelenkt.

Man sieht — so schließt die „D. D. B.“ ihre Betrachtungen — Alles hängt davon ab, welche Entscheidung Oesterreich in dieser Frage treffen wird, ob es wählen wird zwischen dem Bündnisse mit Preußen und der Aufrechterhaltung des Bundes. In dieser Beziehung deuten alle Anzeichen darauf hin, daß keine Wendung von irgend welcher Bedeutung zu erwarten ist; ja man will in Wiener politischen Kreisen sogar wissen, die Mittelstaaten würden eine Form finden, über den bairisch-sächsischen Antrag ohne Beschlußfassung hinwegzukommen, das heißt, man werde denselben doch durch eine nachträgliche Ueberweisung an den schleswig-holstein'schen Ausschuss begraben oder die Abstimmung darüber vertagen.

Rede des Abgeordneten Kromer

(gehalten in der 37. Sitzung des Abgeordnetenhauses.)

Meine Herren! Wir sind gegenwärtig bereits das fünfte Jahr, alljährlich durch mehrere Monate hier versammelt. Welche sind nun die praktischen, die gemeinnützigen Erfolge unserer bisherigen Thätigkeit? Dieser Rückblick dürfte uns wohl kaum befriedigen; ich wenigstens muß ganz offen bekennen, daß er mich etwas düster und misanthropisch stimmt. Es ist allerdings wahr, wir haben nebst der Bankakte und dem Gemeindegefes auch viele andere Regierungsvorlagen von mehr gemeinsamen Interesse beraten, und insbesondere auch die sogenannten Grundrechte theils schon festgestellt, theils deren gesetzliche Sicherstellung angebahnt.

Aber es ist notwendig, und durch den Drang der derzeitigen Verhältnisse unabweislich geboten, daß wir in Behandlung der vielen Aufgaben, welche uns zufließen, eine bestimmte Reihenfolge einhalten, daß wir vorerst denjenigen unsere volle, ungetheilte Kraft widmen, deren glückliche Lösung alle Völker Oesterreichs von uns zunächst und dringend anfordern.

Zu diesen Aufgaben gehören insbesondere: Die Wiederherstellung eines gut geordneten Staatshaushaltes, die Feststellung der Grundlagen zu einer mehr billigen, gleichmäßigen und gerechten Besteuerung, eine ausreichende Ergänzung der Kommunikationsmittel, die Einführung eines entsprechenden und minder kostspieligen Staatsorganismus, dann einer besseren Zivil-, Konkurs- und Strafrechtsordnung.

Diese Aufgaben zunächst bieten jene Feuerprobe, in welcher der reelle Werth der Volksvertretung vorzüglich sich bewähren, und eine allseitig dankbare Anerkennung sich erringen soll. Haben wir sie rechtzeitig und glücklich gelöst, dann ist auch ein gedeihlicher Fortbestand unseres Reiches, dann auch der Bestand der Verfassung gesichert. Denn die Früchte dieser Ansaat müssen alsbald im ganzen Staatsleben pulsiren, sie werden alle Volksschichten durchdringen, und Millionen Staatsbürger werden dann an der rettenden Hand der Volksvertretung mit vollem Vertrauen festhalten. Doch so lange diese Existenzfragen noch immer ihrer Lösung harren, sind alle unsere anderweitigen Bemühungen, sind insbesondere auch die vielen, wenn auch noch so berechtigten, liberalen Anläufe, so sehr und so blendend sie auch in den Tagesblättern flunkern, für die ungeduldig harrenden Völker schon deshalb von nur minderem Werthe, weil das Nothwendigste verzögert, weil den dringendsten Wünschen bisher nicht entsprochen wurde.

Dem Schiffbrüchigen rette man vor allem das Leben, dann erst ist es an der Zeit, zu berathen, wie man ihn bekleiden, wo unterbringen, und wie man weiter für ihn sorgen soll. Man folgt sohin sicher nicht dem wahren und besonnenen, man folgt nur einem gemeinschädlichen, unserem jungen Verfassungsleben gewiß nicht zuträglichen Liberalismus, wenn man auf noch schwankendem Boden überstürzend voraneilt, und in Momenten, wo schnelle Hilfe mit

vereinter Kraft unbedingt nothwendig, immer neue hemmende Kollisionen häuft, wenn man die zur Kräftigung des Reiches und zur Wiederbelebung des Vertrauens gegenwärtig so kostbare Zeit mit mehr sekundären und minder dringlichen Fragen versplittet.

Die Lösung von derlei Fragen und Differenzen kann meiner Ansicht nach ohne alle Gefahr einer mehr gelegenen Zeit vorbehalten bleiben; und wenn irgendwo, so ist auch hierin ein schleuniges Umlenken dringend nothwendig.

Ich frage nun, wie aber wurde die Lösung der dringlichsten Fragen, wie insbesondere die Feststellung eines geregelten Staatshaushaltes bisher angestrebt?

Meine Herren! Wir haben gegenwärtig bereits das vierte und fünfte Jahresbudget zu beraten. Unser jeweiliger Finanzausschuss hat sich an Spezialabstrichen alljährlich durch mehrere Monate abgemüdet, hat die Nothwendigkeit jedes einzelnen Staatsorganes, jeder noch so unbedeutenden Auslage in Frage gestellt; und das Resultat dieser mühevollen Arbeit bot doch alljährlich ein mehrere Millionen betragendes Defizit.

Ebenso war auch der derzeitige Finanzausschuss mit der Berathung und Detailprüfung des Staatsvoranschlages für 1865 bei aller ausdauernden Thätigkeit durch mehrere Monate beschäftigt. In diesem Ausschusse saßen bekanntlich 36 unserer hochverehrten Mitglieder, welche das Vertrauen des hohen Hauses größtentheils auch in andere Ausschüsse berufen hat. Sie konnten der mehrseitigen Theilnahme auch bei dem besten Willen mitunter nicht entsprechen, und so blieb die Thätigkeit der anderen Ausschüsse mehr oder weniger gelähmt. Ich frage nun, meine Herren, wie lange soll denn diese schleppende Geschäftsbehandlung noch andauern? Können wir nunmehr der Spezialdebatte, und sohin dem Staatsvoranschlage für 1866 neuerlich drei Monate opfern? oder wie lange soll bei diesem Vorgange der Reichsrath alljährlich versammelt bleiben? und kann er auch künftighin der bloßen Feststellung des Staatsvoranschlages alljährlich 3, 4 bis 5 Monate opfern; während die Steuerreform, die Zivil-, Konkurs- und Strafrechtsordnung, die Reform des Unterrichtes, des Zollwesens, die Kommunikationen und sonst viele gleich dringliche Arbeiten noch immer im Bereich der frommen Wünsche schweben?

Meine Herren! Stellen wir die Geduld unserer Völker nicht auf eine gar zu harte Probe! Nicht lediglich zur alljährlichen Feststellung der Steuern haben sie uns hieher geschickt; sie verlangen auch ein Weiteres hiefür, und bevor wir uns versehen, können sie uns großend zürnen: Reichsvertretung, du hast unser Vertrauen, unsere Erwartungen getäuscht, deine Hilfe kommt uns zu spät!

Ich glaube, nach einer bereits fünfjährigen Erfahrung ist uns der alljährlich ausgewiesene und der wirklich kurrente Bedarf des Staatshaushaltes doch so ziemlich bekannt. Es war sohin an der Zeit, und unter den obwaltenden Verhältnissen auch dringend geboten, von der zeitraubenden Kreuzerwirtschaft doch endlich abzulassen, und bei Feststellung der Staatsvoranschläge für 1865 und 1866 mit der Regierung Pauschalabstriche in den einzelnen Etats mit Zusage einer freieren Bewegung innerhalb derselben zu vereinbaren. Bei diesem Vorgange hätten wir den Journalisten vielleicht etwas weniger Materiale geliefert, dafür aber im Staatshaushalte hoffentlich ein mehr beruhigendes Resultat erzielt, und nebstbei einen großen Theil der gegenwärtig so kostbaren Zeit für andere gleich dringliche Arbeiten erübrigt.

Ein gegründetes Bedenken gegen diese ohnehin nur ausnahmsweise Behandlung der Staatsvoranschläge pro 1865 und 1866 war meines Erachtens nicht vorhanden; denn bezüglich jener Ausgabe-posten, deren spezielle Besprechung uns nothwendig erscheint, hatten wir noch immer das Recht abgeforderter Be-

schlüsse, wir hatten das Recht der Interpellation, der gesetzlichen Initiative und der feinerzeitigen Prüfung der Rechnungsabschlüsse.

Wenn Sie jedoch alle diese Kautelen noch immer unzureichend finden, dann bietet Ihnen auch die spezielle Feststellung aller einzelnen Ausgabsposten keine bessere Garantie; dann haben Sie überhaupt keine, die genaue Einhaltung der Staatsvorschläge wirksam sichernden Kautelen.

Sie haben aber vorläufig auch keinen zureichenden Anlaß, einer Vereinbarung mit der Regierung gar so sehr zu misstrauen. Es war sohin angemessener und besser, ihr vorerst mit Vertrauen zu begegnen, denn dieses vor allem führt zu einer gedeihlichen Einigung.

Wer immer nur Misstrauen säet, muß Zwietracht ernten, und wer bei jedem Schritte eine Todesgefahr wittert, der stirbt ob der bloßen Angst, sterben zu müssen.

Nicht also als Anhänger der Regierung — denn ich fürchte ja vor der Brandmarkung eines öffentlichen Sünders — aber in der vollen Ueberzeugung, daß der von mir angedeutete Weg der richtige, daß er durch den Drang der Verhältnisse vorgezeichnet, und derzeit nicht wohl zu vermeidende war, habe ich den von Sr. Excellenz dem Grafen Brinck eingebrachten Antrag mit wirklich warmer Zustimmung begrüßt. Die Intention dieses Antrages war uns allen so ziemlich bekannt; sie wurde auch von der überwiegenden Mehrzahl des hohen Hauses getheilt, daher auch der Antrag mit großer Majorität zur Vorberathung zugewiesen.

Auch die hohe Regierung ist darauf bereitwillig eingegangen, und hat daher über Aufforderung unseres Finanzausschusses in ihrer an das hohe Präsidium gerichteten Note vom 1. März l. J. die ganz offene Erklärung abgegeben, daß sie an dem für das Jahr 1865 veranschlagten Gesamterfordernisse ein Ersparniß von 20,100.000 fl. unter der Voraussetzung erzielen könne, wenn dieser Betrag nach ihrer Repartition von dem Erfordernisse für jedes einzelne Ministerium in Abzug gestellt, ihr sohin in den einzelnen Etats die freie Bewegung gestattet, und wenn ein gleicher Vorgang auch bei Feststellung des Staatsvorschlages pro 1866 eingehalten wird. Die zugesicherte Ersparungsquote schien uns Allen als vollkommen genügend, und die Einräumung von Revirements war eine von der Regierung gleich anfänglich betonte, zudem eine selbstverständliche und nothwendige Bedingung zur Erwirkung größtmöglicher Pauschalabstriche.

In der Erklärung der Regierung war sohin zu einem Umlenken von unserer ursprünglichen Intention gar kein Anlaß geboten; daher das Festhalten an dieser Intention ein Gebot der Konsequenz, und um offen zu sprechen, es schien mir auch der Ehre und Würde des hohen Hauses angemessen, der Regierung, welche wir zu einer konfidentiellen und gewiß rückhaltlos abgegebenen Erklärung selbst veranlaßt haben, mit einem gleich loyalen Vertrauen entgegen zu kommen, und in dem Budget pro 1865 die Ziffer des Erfordernisses für jedes einzelne Ministerium nach ihrem Entwurfe in das Finanzgesetz aufzunehmen.

So sehr man dagegen Pflicht und Gewissen und ähnliche Bedenken vorschützt, ebenso entschieden kann ich erklären: auch ich habe ein warmes Pflichtgefühl, aber vor dieser Vereinbarung mit der Regierung bangte mir sicher nicht; denn wenn wir ihr Vertrauen schenken, so können wir auch erwarten und begehren, daß sie es rechtfertige; und zu diesem Schritte hätten wir uns um so unbedenklicher entschließen können, nachdem uns die Regierung für diesen Fall eine Herabminderung des Erfordernisses um mehr als 20 Millionen Gulden, sohin ein Ersparniß zugesichert hat, welches wir bei dem Umstande, daß ein Viertel des Budgetjahres 1865 bereits abgelaufen ist, durch Spezialabstriche auch in mehrwöchentlichen Debatten wohl kaum erzielen werden.

Allein unser verehrter Finanzausschuß hat über den Graf Brinck'schen Antrag und über die Propositionen der Regierung lediglich den Uebergang zur Tagesordnung beantragt, und seinen dießbezüglichen Bericht erst gleichzeitig mit der Vorlage seines Gesamtoperates über das Budget pro 1865 dem hohen Hause vorgelegt. Hiedurch wurde der angestrebte Zweck theilweise schon vereitelt, und wir hatten nur mehr die Alternative, entweder dem Antrage des Finanzausschusses uns zu fügen, oder das ganze Vereinbarungsprojekt an einen neu zu wählenden Ausschuß zu weisen, und hiedurch die Feststellung des Staatsvorschlages pro 1865 nur noch mehr zu verzögern.

Bei dieser Sachlage wählten wir natürlich das geringere Uebel, und nur dieses war das eigentliche Motiv, daß ich und mehrere meiner Gesinnungsgenossen dem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung direkte nicht entgegentraten.

Zu dieser ganz offenen Darlegung veranlaßt mich vorzüglich der Ernst unserer derzeitigen Situation, in welcher jeder von uns für seine Ueberzeu-

gung fest und mannhaft einzustehen, — heilig verpflichtet ist.

Ich finde schließlich nur noch den Wunsch auszusprechen, daß wir in Rücksicht auf die sonst vielen und gleich dringlichen Arbeiten wenigstens die Spezialdebatte, und sohin die Feststellung des Staatsvorschlages für das Jahr 1866 thunlichst beschleunigen, und so der Regierung auch die baldige Einberufung des ungarischen und kroatischen Landtages ermöglichen mögen, deren große Dringlichkeit in diesem hohen Hause ja bereits oft wiederholt und nachdrücklich betont wurde.

43. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 3. April.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Mezős, Vasser, Plener, Hein, Burger, Sektionschef Rathberg.

Nach Vorlesung des Protokolls kommt eine an den Herrn Finanzminister und den Herrn Leiter des Handelsministeriums gerichtete Interpellation zur Vorlesung. Die Interpellanten schildern die Verhältnisse der Gewerbetreibenden von Graslitz, finden die dort aufgelegte Erwerbssteuer drückend, und fragen, ob die Regierung den angeführten Thatsachen ihre Aufmerksamkeit zugewendet habe und ob sie den Beschwerden der Gewerbetreibenden von Graslitz aus eigener Initiative gerecht zu werden gedenke.

Auf der Tagesordnung steht die Debatte über das Budget des Staatsministeriums, Abtheilung: Kultus. — Berichterstatter ist Abg. Brinck.

In der Generaldebatte ergreift Niemand das Wort, weshalb sogleich zur Spezialdebatte geschritten wird.

Kap. I. Staatsvorschuß zu katholischen Religions-Anstalten.

Titel 1. Salzburg beantragt der Ausschuß mit 67.712 fl. für das Ordinarium und 2500 fl. für das Extraordinarium, zusammen mit 70.212 fl.

Staatsminister v. Schmerling will, um Wiederholungen zu vermeiden, gleich bei diesem ersten Punkte den Standpunkt der Regierung darlegen und bemerkt, es sei ein großer Theil der vom Ausschusse beantragten Positionen mit der Regierung vereinbart. Wenn auch die Regierung bereit ist mit aller möglichen Oekonomie vorzugehen, müsse sie sich doch vorbehalten, falls in einer Rubrik das Auslangen durchaus nicht gefunden werden sollte, gegen nachträgliche Rechnungslegung eine oder die andere Ueberschreitung vorzunehmen. Nur bei zwei Punkten werde er sich Namens des Ministeriums veranlaßt sehen, auf die Ansätze der Regierung nochmals zurückzukommen, weil diese Ansätze im Ausschusse lebhaft vertheidigt wurden und sich im Ausschusse eine bedeutende Zahl von Botanten den Ansichten der Regierung zuneigte, wengleich dieselben sich nicht veranlaßt fanden, mit einem Minoritätsvotum hervorzutreten.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Bei Titel 2. Borsarlberg beantragt der Ausschuß das Ordinarium mit 8968 fl.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Titel 3. Steiermark beantragt der Ausschuß mit 36.365 fl. für das Ordinarium und 7635 fl. für das Extraordinarium, zusammen mit 44.000 fl. (Angenommen.)

Titel 4. Kärnten: Ordinarium 28.892 fl. (Angenommen.)

Titel 5. Krain: Ordinarium 37.766 fl., Extraordinarium 6220 fl., zusammen 43.986 fl. (Angenommen.)

Titel 6. Triest: Ordinarium 40.757 fl., Extraordinarium 9700 fl., zusammen 50.457 fl.

Staatsminister v. Schmerling bespricht die Nothwendigkeit von Dachherstellungen an der Pfarrkirche San Antonio nuovo in Triest, dann eines Erweiterungsbaues an der Pfarrkirche Mariahilf. Bei lebhaften, im Finanzausschusse geführten Verhandlungen habe der Ausschuß die Auslage für Dachherstellungen bewilligt und demgemäß sei dieselbe auch in der vom Ausschusse beantragten Ziffer enthalten, dagegen habe der Ausschuß den Erweiterungsbaue an der Pfarrkirche Mariahilf als mindestens aufschiebbar erklärt. — Der Minister bittet das Haus, zu erwägen, daß die Bevölkerung Triests in Zunahme begriffen ist und daß es ein schon längst gefühltes Bedürfnis ist, eine neue Kirche zu errichten. Statt dessen wollte man sich mit einer Erweiterung der bestehenden Kirche Mariahilf begnügen. Die Kommune war zur Abtretung des nöthigen Grund und Bodens bereit und es würde sich daher nur mehr um den Beitrag des Religionsfondes handeln. Die Sache hätte wohl im Hinblick auf die Summe keine so große Schwierigkeit und es wäre erwünscht, mit der Angelegenheit endlich beginnen zu können. Er empfehle daher das Extraordinarium mit 13.064 fl. und nicht, wie der Ausschuß es beantragt, mit 9700 fl. aufzunehmen.

Berichterstatter Abg. Brinck befürwortet den Ausschußantrag. Die Angelegenheit sei im Ausschusse

Gegenstand großer Debatten gewesen, aber der Ausschuß habe seine dießfälligen Beschlüsse eben nur in Folge der Mittheilungen eines mit der Angelegenheit sehr vertrauten Abgeordneten gefaßt. — Der Ausschußantrag wird angenommen.

Titel 7. Görz: Ordinarium 41.584 fl., Extraordinarium 12.437 fl., zusammen 54.021 fl. (Angenommen.)

Titel 8. Istrien: Ordinarium 51.198 fl., Extraordinarium 3504 fl., zusammen 54.702 fl.

Staatsminister v. Schmerling vertheidigt die von der Regierung verlangte, vom Ausschusse zur Streichung beantragte Summe von 3765 fl. für Restaurationsarbeiten an der Kathedrale zu Parenzo. Dem Hause dürfte es bekannt sein, daß die Kirche in Parenzo eines der seltensten Denkmäler byzantinischer Kunst ist, daß diese Kirche ganz geeignet ist, die Aufmerksamkeit aller Kunstkenner auf sich zu ziehen, wie sie denn auch gerade deshalb häufig von Reisenden besucht wird. Der Vordertheil der Kirche sei baufällig und mußte gestützt werden. Dadurch sei der Eingang in die Kirche verstellt und es ergebe sich daher die Dringlichkeit der Restauration, weil bei einem noch längeren Zuwarten einerseits der Bauzustand sich verschlimmere und weil es sich um die Wiederherstellung eines Domes handelt, der in mehrfacher Beziehung Bedeutung hat. Es wäre — sagt der Minister — Oesterreichs nicht würdig, gegenüber zahlreichen Besuchern das Schauspiel zu bieten, daß die Kirche etwa 2 bis 3 Jahre lang nach allen Seiten gespreizt und gestützt bleiben müßte.

Berichterstatter Abg. Brinck. Es sei dieß ein Fall, wo die Nothwendigkeit im Ausschusse nicht so klar wurde. Uebrigens müßte nach seiner Ansicht dieser Posten unter die Rubrik für Erhaltung der Baudenkmäler gesetzt werden, wenn das Haus auch die Position für Parenzo bewilligen wollte.

Bei der Abstimmung wird das Ordinarium mit 51.198 fl., das Extraordinarium mit 7269 fl. (nach dem Antrag der Regierung) angenommen.

Titel 9. Dalmatien: Ordinarium 109.800 fl., Extraordinarium 32.000 fl., zusammen 141.800 fl. — Für diesen Titel liegt ein Minoritätsvotum vor, welches einen weiteren Abstrich von 25.000 fl. beantragt. — Dasselbe ist vom Abg. Herbst eingebracht, welcher erklärt, daselbe zwar nicht aufrecht erhalten zu wollen, obgleich er an den Gründen desselben festhalte. Er behalte sich vor, diesen Antrag bei dem Budget 1866 neuerlich einzubringen.

Abg. Alcsani bemüht sich diese Gründe zu widerlegen, indem er durch die Verhältnisse der Bevölkerung in Dalmatien die hohen Ansätze zu rechtfertigen sucht. Er wendet sich auch gegen den Abstrich des Finanzausschusses und beantragt, das Extraordinarium mit 35.000 fl. zu bewilligen.

Abg. Herbst repliziert, indem er darauf hinweist, daß in den Gebirgsländern Oesterreichs ähnliche Verhältnisse herrschen, ohne daß die Länder so hohe Staatsvorschüsse verlangen.

Abg. Greuter: Der Ausschuß habe auch eine Remuneration der Franziskaner, welche in der ursprünglichen Vorlage der Regierung enthalten war gestrichen. Er ergreife das Wort, um gegen die Art und Weise zu sprechen, mit welcher die Regierung diesem Abstrich im Ausschusse zustimmte. Dies ist eine Ehrenkränkung für die Franziskaner und für alle Südslaven Dalmatiens. Der Vertreter Dalmatiens, welcher im Ausschusse anwesend war, habe durch sein Schweigen zugestimmt. Die Franziskaner hätten in ersucht, dagegen einen Protest im Hause zu erheben. Die Franziskaner in Dalmatien stehen seit mehr als 500 Jahren auf ihrem Posten, sie hätten dem Islam im dalmatinischen Hochgebirge Stillstand geboten. Wer dankbar sein will, könne es nicht vergessen, was dieser Orden leistete. Was den Geist des Ordens betrifft, so wolle er einen Rückblick auf die Geschichte machen, 1809 habe ein Franziskaner dem Kaiser die Huldigungsakte dargebracht und als die Franzosen nach Dalmatien zurückgekehrt, seien 13 Franziskaner als Opfer ihres Patriotismus hingerichtet worden. Ueber Aufforderung der Statthalterei hätten die Franziskaner bereitwillig den Religionsunterricht in Gymnasien und Schulen übernommen. 1860 sei der Provinzial der Franziskaner zur Banalkonferenz in Agram als Vertrauensmann berufen worden. Dieser Orden halte auf eigene Kosten ein Gymnasium in Sign und wenn man sie von dort vertreibe, werde man bald in die Lage kommen, 12.000 fl. zur Errichtung eines Staatsgymnasiums bewilligen zu müssen. Redner befürwortet die Unterstützung der Seelsorge überhaupt, sonst würde die soziale Frage nicht im Sinne der Ordnung und der Freiheit gelöst werden. Wenn man ihnen staatsfeindliche Motive in die Schuhe schieben wolle, warum dulde man es, daß sie in Schulen wirken. Entweder ist die Beschuldigung unwahr oder er appellire an den Justizminister, daß seine Gerichte sie verurtheilen. Es sei wohl wahr, daß einer aus dem Orden in Untersuchung gezogen war, aber dieser sei losgesprochen worden und wenn ein Gegner der Bureaucratie von dem Gerichte losgesprochen werde, halte er das für

eine politische Heiligsprechung! (Bravo! Staatsminister applaudirt.) Er halte es für überflüssig einen Antrag zu stellen, das Gerechtigkeitsgefühl werde das Haus leiten.

Abg. L a p e n n a bemerkt, die im Ausschusse gesprochenen Worte konnten sich keinesfalls auf die Südslaven Dalmatiens, sondern nur auf die Franziskaner beziehen, obwohl die südslavischen Organe dies thaten und die Worte des Staatsministers dem Abg. A l e f a n i in den Mund legten. Die Treue des dalmatinischen Volkes sei von Niemand in Zweifel gezogen worden (Bravo.) Er wolle die Verdienste der Franziskaner und die Religion und die Bildung durchaus nicht in Abrede stellen, aber er wolle für sie keine Lüge brechen, er könne nicht sagen, daß jedes einzelne Mitglied des Ordens ein Muster der Ordnung und Frömmigkeit und würdig sei in Schule und Kirche zu wirken. Eine jede Gesellschaft habe eben ihre Annahmen.

(Schluß folgt.)

Ausland.

In **Genua** wurde Professor Savi, einer der „Tausend“ und einer der exaltirtesten Anhänger der Aktionspartei, in seiner Wohnung todt gefunden. Er hatte sich mit einer Pistole in's Herz geschossen.

Im Hafen von **Lissabon** spielen seit einigen Tagen interessante Szenen. Es befanden sich dort das nordamerikanische konföderirte Kriegsschiff „Stonewall“ und die unionistischen Fregatten „Niagara“ und „Sacramento“, welche dem „Stonewall“ schon lange auslauern. Die portugiesische Regierung hatte von ihrem neutralen Standpunkte den unionistischen Schiffen das Versprechen abgenommen, den Hafen nicht früher, als 24 Stunden nach dem Auslaufen des „Stonewall“, zu verlassen. Gleichwohl machten nach dem Auslaufen des letzteren die ersteren Schiffe den Versuch, vor Ablauf der bestimmten Frist ihrem Gegner nachzusetzen. Der portugiesische Hafenkommandant ließ jedoch die Batterien auf sie feuern. Der „Niagara“ wurde getroffen, und ein Matrose auf demselben getödtet, worauf die Fregatten sich wieder vor Anker legten. Nun versichern die Kommandanten des „Niagara“ und des „Sacramento“, daß sie keineswegs die Absicht hatten, den Hafen zu verlassen, als die Forts auf ihre Schiffe geschossen haben, und daß sie — nur etwas weiter entfernt ihre Anker werfen wollten. Es geht das Gerücht, es seien in dieser Angelegenheit diplomatische Noten gewechselt worden. Den Versicherungen der beiden Kommandanten wird selbstverständlich Niemand glauben, und so wird man die Sache wohl auf sich beruhen lassen.

(Meberlandpost) mit Nachrichten aus Calcutta bis zum 10., Bombay 13. März. Ein aus Tibet anern bestehendes Hilfskorps der Bhutanesen ist an der Grenze von Dalmote erschienen und bedroht Sikkim mit einem Einfall. Das Betragen des 43. bengalischen Infanterie-Regiments bei dem unglücklichen Rückzuge von Dewangiri soll gerichtlich untersucht werden. Es habe sich, heißt es, sehr schlecht benommen. Für den neuen Feldzug gegen Bhutan werden energische Vorbereitungen getroffen. Der in Patna wegen Verschwörung vor Gericht gestellte mahomedanische Häuptling Maulwi Ahmedullah wurde zum Galgen verurtheilt. In Ahmedabad ist ein Mann wegen Verschwörung in Haft, der sich für den berücktesten Nano Sahib Feischwa ausgibt. Der Rebellprinzip von Delhi, Feroze Schah, soll aus Bokhara Unterstützung erhalten. Dem Exminister des Königs von Audeh, Nawab Ali Nucki Khan, der unlängst Cawnpore besuchte, wurde nicht gestattet, Lucknow zu betreten. Die Lage des Emirs von Kabul soll täglich bedenklicher werden; ein Theil seiner Truppen habe sich geweigert, gegen die Söhne Dost Mohameds zu marschiren. Der König von Bokhara beabsichtigt, gegen Balkh vorzurücken, und der Emir hat Maßregeln zum Schutze der Grenze getroffen. Der König von Bokhara soll versprochen haben, Kokan von den Russen zu befreien, wenn man dort Rhoda Nar Khan als Herrscher anerkennen wolle. Diese Bedingung wurde jedoch abgelehnt. Die Russen sind nach Urgendisch aufgebrochen, und der König von Bokhara hat ihnen gestattet, nach Yarkund, Kaschgur und Buddulshchan zu gehen, angeblich um die dortigen Bergwerke zu erforschen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 5. April.

Die heute ausgegebenen „Mittheilungen des historischen Vereins“ für April enthalten: Beiträge zur fünfshundertjährigen Gründungsfeier von Neustadt (Mudolphswerth) in Unterkrain.

— Morgen Donnerstag Abends findet wieder eine Monatsversammlung des Stenographenvereines Statt.

— Gestern Nachts wurde einem Manne aus Unterkrain, welcher sich die ganze Nacht betrunken in der Stadt herumtrieb, eine Banknote von 100 fl., wahrscheinlich von einem Tagelöhner, welcher sich in seiner Gesellschaft befand, gestohlen; dieser hat sich von hier entfernt, und wird auf ihn gefahndet.

— Zum Benefize des Herrn Ludwig Blach und der Frau Emilie Blach geht Morgen ein interessantes, nach dem Französischen des A. Dumas gearbeitetes Stück in Szene, nämlich das Intriguenspiel „Anna von Oesterreich“, oder die Musketiere der Königin.“ Der Umstand, daß es in Oesterreich lange Zeit nicht gestattet war, dieß Stück zur Aufführung zu bringen, ferner der Umstand, daß die beiden Benefizanten sich der Gunst der Theaterfreunde erfreuen, dürfte einen recht zahlreichen Besuch zur Folge haben; jedenfalls aber steht ein angenehmer Theaterabend in Aussicht.

— Aus Planina wird uns geschrieben: In der hiesigen Citavnica wurden am 2. April zwei Theaterstücke „Zajsek“ und „Filosof“ zur Aufführung gebracht. Der Ertrag wurde den Nothleidenden der Pfarre Kaltenfeld zugewendet. Die Mitglieder der Citavnica fanden sich zahlreich ein, auch einige Gäste aus Adelsberg erschienen, um durch milde Beiträge die Noth der Unglücklichen zu lindern. Die Aufführung beider Stücke ging effektiv vor sich, das Auditorium spendete reichen Applaus. Den vollen Ertrag im Betrage von 61 fl. 10 kr. verwendete man zum Ankauf von Kukuruz und Salz. Die Vertheilung erfolgte an 21 Familien in Anwesenheit der Herren I. I. Statthaltereirath Josef v. Schiwizhofen, Bürgermeister Josef Steindl, Direktor der Citavnica Johann Kastelic und Vereins-Kassier Alois Perenič. Wir sehen uns verpflichtet, den Dilettanten der Citavnica im Namen der Nothleidenden hiemit den öffentlichen Dank auszusprechen.

— Aus Klagenfurt schreibt man der „N. Fr. Pr.“: In dem Kärntnerlande wird die Geldnoth leider immer größer; namentlich leidet der Bauer immer fühlbarer. Wir Stadtbewohner bemerken leider nicht, daß eine Verminderung der Fleisch- und Brotpreise eintrete, allein der Bauer klagt, daß er sein Vieh um den halben Werth hergeben müsse, daß er für ganze Wagen voll Getreide so wenig Geld einnehme, daß er nicht einmal die Steuern zu bezahlen im Stande sei, viel weniger ihm eine Einnahme bliebe. Auch hofft Niemand mehr, daß es sobald besser, sondern fürchtet nur, daß es noch schlimmer werde. Die Masse der arbeitslosen Leute, die sich vornehmlich auf dem Lande herumtreiben, wird allmählig eine fürchterliche Plage für den Landmann. Verweigert er diesem herrenlosen Gesindel Obdach und Nahrung, die er oft kaum für sich selbst aufzubringen vermag, so ist er der Gefahr ausgesetzt, daß ihm seine Kutsche über dem Kopfe zusammengebrannt wird. Dieser Landplage zu steuern, ist schwer, und eine entschiedene Besserung tritt erst dann ein, wenn unser Gewerwesen eine gänzliche Umgestaltung erfährt, und das Wandern der Handwerksgefallen in der bisherigen Weise gänzlich aufhören wird. Nicht so grell tritt in der Stadt die Noth auf, obwohl sie auch keine geringe ist. Die Geschäfte liegen so ziemlich danieder, mit wenigen Ausnahmen; wer nicht in der Lage ist, auf Kredit zu arbeiten, hat wenig zu thun, während derjenige, der es kann, durch die vielen Ausstände und die Unmöglichkeit, dieselben hereinzubringen, auch bald auf den Punkt kommt, es nicht thun zu können. Der Aufwand ist freilich noch der alte, immer ärger, doch bringt er dem Geschäftsmann nicht viel Nutzen, da er das Geld hiefür oft lange, oft gar nicht bekommt.

Wiener Nachrichten.

Wien, 4. April.

Zu dem Kirchenbau in Wildbad-Gastein haben Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta 2000 fl., Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Albrecht 200 fl. gespendet.

G. C. Ueber Antrag des bei der Telegraphenkonferenz in Paris weilenden k. k. Telegraphendirektors Herrn v. Brunner hat das k. k. Handelsministerium den Telegrapheninspektor Dr. Miliger nach Paris entsendet, um daselbst auf den französischen Telegraphenlinien die theilweise in Verwendung stehenden neuartigen Telegraphenapparate und zwar den Kaselli'schen Pantelegraphen, den Drucktelegraphen von Hughes, dann die Typenapparate von Bonelli und Siemens zu studiren und über die Anwendbarkeit dieser Apparate auf den Telegraphenlinien Oesterreichs ein Gutachten abzugeben. Mit letzterem Apparate (dem Siemens'schen Typenapparate) werden bereits seit mehreren Wochen zwischen Berlin und Wien praktische Versuche gemacht.

— In hiesigen Papierhandlungen zeigt man jetzt Papier von guter Qualität, das aus bloßem Hen gefertigt ist.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 5. April. Im Abgeordnetenhaus ist Kalchberg beauftragt, den neuen Zolltarif dem Hause vorzulegen. Der Etat des Unterrichtsrathes wurde nach Antrag des Finanzausschusses mit 30.000 fl. anstatt 55.140 fl. angenommen.

Stuttgart, 3. April. (Abgeordnetenhammer.) Der Antrag des Abg. Hölder und 40 Genossen auf Revision der Verfassung wurde an eine aus 15 Mitgliedern bestehende Specialkommission gewiesen. Die Wahl derselben wird morgen vorgenommen.

Turin, 2. April (Abends). „Stampa“ meldet: Einem zwischen den französischen und italienischen Militärbehörden getroffenen Uebereinkommen zufolge werden die beiderseitigen Truppen zur Verfolgung von Briganten die Grenze überschreiten.

Turin, 4. April. In der gestrigen Kammer-sitzung wurde ein Gesetzesentwurf, den Bau mehrerer Schiffe betreffend, vorgelegt.

Paris, 3. April. (N. Fr. Pr.) Die durch Doudet abgeschaffte Presseleitung im Ministerium des Innern ist wieder hergestellt. Ein Herr Domergues wurde zum Direktor des Pressbureau ernannt. — Benedetti ist aus Berlin hier eingetroffen. Man spricht davon, daß er an die Stelle von Sartiges nach Rom gehen soll.

Lissabon, 1. April. Montevideo hat sich ergeben. Gouverneur Aguirre wurde früher durch Vilalba ersetzt, der eine Kapitulation vorschlug. Die Allirten sind in die Hauptstadt eingezogen und Flores hat die Regierung übernommen. Er unterzeichnete einen Vertrag mit Brasilien, der dem Kaiserstaat bedeutende Bürgschaften und eine Allianz gegen Paraguay zusichert. Aus der Provinz Matto-Grosso liegen befriedigende Nachrichten vor.

London, 3. April. Richard Cobden ist gestern an Bronchitis und Asthma gestorben. Bright war an seinem Todtenbette.

Bukarest, 1. April. Fürst Conza ertheilte dem Minister des Aeußern Balanesco die Ermächtigung, mit Oesterreich ein Auslieferungsartel abzuschließen.

„Juristische Gesellschaft“ in Laibach.

Tagesordnung

der XLIII. Versammlung, welche Freitag am 7. April 1865, Abends 6 Uhr, im Gesellschafts-Lokale abgehalten wird.

1. Lesung der Protokolle der XLI. und XLII. Versammlung.
2. L. G. R. Petritsch: Ueber die Eintragung von Zweigniederlassungen der Handelsgeschäfte in die Handels-Register.
3. Oberamts-Direktor Dr. Costa: Die Justizverwaltung in Syrien während der Napoleon'schen Regierung.
4. Bürgermeister Dr. E. H. Costa: Ueber englisches Schwurgerichtswesen.

Laibach, 3. April 1865.

Vom Präsidium der juristischen Gesellschaft.

Programm

der Monatsversammlung des historischen Vereins für Krain, welche Donnerstag den 6. April, Nachmittags 5 Uhr im Vereinslokale (Schulgebäude, ebenerdig, links vom Haupteingange) abgehalten werden wird:

1. Josef Calasantius Vitawek, k. k. Bibliothekar in Laibach. Biographie von Herrn Dr. Rudolph Puff.
2. Epigraphische Berichtigungen von Herrn Professor Peter Petrucci.
3. Etat des gesamten k. k. Militärs und seiner ganzen Verpflegung vom Jahre 1778. Ein auch in kalliographischer Beziehung interessantes Manuscript in 44 Tabellen, vom k. k. Stabsauditor Fr. Zur.
4. Ueber die Schallgefäße in der Kirche zu Pleterjach in Unterkrain gegen das Verhalten der Stimme, eine historische Abhandlung vom Herrn Professor Peter Petrucci.
5. Archäologisch-historische Skizze von Oberburg und Nazareth. Von Herrn P. v. Radice.
6. Die Heidengräber auf dem Berge Belšica in Oberkrain.

Theater.

Heute Mittwoch: Gutwacher und Strumpfwirker, oder: Die Ahnfrau im Gemeindestadt. Posse mit Gesang in 2 Akten, von F. Hopp. Musik von Adolf Müller.

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse

an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 4. April.

5% Metalliques 71.35	1860-er Anleihe 93.05
5% Nat.-Anleihe 76.90	Silber . . . 108.—
Bankaktien . 793.—	London . . . 110.80
Kreditaktien . 182.50	R. f. Dufalen 5.22½

Fremden-Anzeige

vom 1. und 2. April.

Stadt Wien.

Die Herren: Berle, Rentier, von London. — Kleindienst, k. k. Post-Beamte. — Marf, Agent, und Brechnitz, Privat, von Triest. — Engländer, Handelsmann, von Kanischa. — Urbantschitsch, Gütebesitzer, von Hódnein. — Zeltmann, k. k. Lieutenant, von Wien. — Beruhart, Maler, und Bar. Jois, Gewerks-Inhaber, von Klagenfurt. — Sig, Handelsmann, von Graz.

Elephant.

Die Herren: Oberini, Kaufmann, von Credito. — Hell, Großhändler, von Triest. — Kautschitsch, Realitätenbesitzer, von Padua. — Anselz von Neustadt. — Raschauer, Kaufmann, von Verona. — Reig, Kaufmann, von Sissef. — Vertontschitsch, Pfarrer, von Gubar. — Zehrentschin, k. k. Militär-Beamte, von Venedig. — Lengyl und Lang, Handelsleute, von Kanischa. — Hermann von Katschach.

Wilder Mann.

Herr Sander, k. k. Hauptmann-Auditor, von Udine.

Baierischer Hof.

Die Herren: Bradascha, Hörer der Veterinärkumbe; Gafner, Hörer der Philosophie, und Rhodenhove von Wien. — Griglar, k. k. Oberlieutenant, von Udine. — Paulitsch, Schenkhändler, von Triest.

Möhren.

Die Herren: Stephan, Kaufmann, von Minden. — Köb, Fabrikant, von Wien. — Müller, Agent, von Gög. — Paltus, Hausbesitzer, von Gissi. — Binder, Privat, von Triest.

(631—1)

Nr. 857.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Laß, als Gericht, wird dem unbekannt wo befindlichen Lorenz Rant wie dessen unbekannt wo befindlichen Rechtsnachfolgern hiemit erinnert:

Es habe Johann Dollenz von St. Thomas Nr. 1, wider dieselben die Klage auf Verjähr- und Erlöschenerklärung des auf den in St. Thomas Nr. 1 und 2 liegenden, im Grundbuche Herrschaft Laß sub Urb.-Nr. 2004 und 2005 vorkommenden ½ Hufen zu Gunsten des Lorenz Rant poto. 200 fl. C. M. intabulirten Schuldscheines ddo. 8. Juli 1818, intabulirt 4. September 1818 sub praes. 10. März 1865, Z. 857, hieramts eingebracht, worüber zur mündlichen Verhandlung die Tagsatzung auf den 10. Juni 1865,

früh 9 Uhr, mit dem Anhang des S. 29 a. O. O. angeordnet, und den Geflagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Hr. Johann Schuschnit von Laß als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen haben, widrigenfalls diese Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden wird.

R. f. Bezirksamt Laß, als Gericht, am 11. März 1865.

(632—1)

Nr. 892.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Laß, als Gericht, wird den unbekannt wo befindlichen Martin, Maria, Mina und Marischa Schink wie deren ebenfalls unbekannten Rechtsnachfolgern hiemit erinnert:

Es habe Bartelma Schink von Altlaf Nr. 43, wider dieselben die Klage auf Verjähr- und Erlöschenerklärung des auf der ihm gehörigen, in Altlaf Nr. 43 liegenden, im Grundbuche des Gutes Altlaf sub Urb.-Nr. 33 vorkommenden ½ Hufe für den Betrag pr. 78 fl. 7 fr. C. M. seit 17. Mai

1827 intabulirt hastenden Schuldscheines ddo. 9. März 1827 sub praes. 14. März 1865, Z. 892, hieramts eingebracht, worüber zur mündlichen Verhandlung die Tagsatzung auf den 23. Juni 1865,

früh 9 Uhr, mit dem Anhang des S. 29 a. O. O. hieramts angeordnet und den Geflagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Hr. Johann Schuschnit von Laß als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen haben, widrigenfalls diese Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden wird.

R. f. Bezirksamt Laß, als Gericht, am 15. März 1865.

(653—1)

Nr. 3466.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Zbernembi, als Gericht, wird der unbekannt wo in Kroatien abwesende Martin Witzal von Bornschloß Nr. 8 hiermit erinnert:

Es habe Maria Meierle von Bornschloß Nr. 92, durch Dr. Preuz, wider denselben die Klage auf Zahlung schuldiger 31 fl. 50 kr. dann 63 fl. c. s. c. sub praes. 15. Juli 1864, Z. 3466, hieramts eingebracht, worüber zur summarischen Verhandlung die Tagsatzung auf den 5. Mai 1865,

früh 9 Uhr, mit dem Anhang des S. 29 a. O. O. angeordnet, und dem Geflagten wegen seines unbekannten Aufenthaltes Markus Jonke von Bornschloß als Curator ad actum auf seine Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen wird derselbe zu dem Ende verständigt, daß er allenfalls zur rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen habe, widrigenfalls diese Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden wird.

R. f. Bezirksamt Zbernembi, als Gericht, am 20. September 1864.

(654—1)

Nr. 281.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Zbernembi, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über Ansuchen des Dr. Pfefferr in nom. der Karl Pachner'schen Erben, die mit Bescheide vom 28. Oktober 1864, Z. 5357, auf den 21. Jänner, 21. Februar und 22. März d. J. angeordnete exekutive Teilbietung der der Katharina Barizh von Schopfenberg Nr. 25 gehörigen, im Grundbuche ad Herrschaft Pölland sub Rel.-Nr. 273 vorkommenden Realität auf den

22. April,

26. Mai und

21. Juni d. J.,

jedesmal um 9 Uhr früh, mit dem vorigen Anhang übertragen worden.

R. f. Bezirksamt Zbernembi, als Gericht, am 18. Jänner 1865.

(594—3)

Nr. 295.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Egg, als Gericht, wird den Andreas und Georg Tomić und Consorten, Herrn Dr. Johann Burger, dann Johanna von Hößern und Pauline Jabornik, alle unbekannten Aufenthaltes, hiemit erinnert:

Es habe Jakob Colmann von Brezje Hs.-Nr. 14 wider dieselben die Klage auf Verjähr- und Erlöschenerklärung nachstehender, auf seiner im Grundbuche der Herrschaft Egg sub Urb.- und Rf.-Nr.

2 vorkommenden, in Brezje gelegenen Ganzhube hastenden Sapposten, als:

a. des am 1. Sage seit 21. Mai 1811 intabulirten Ehevertrages ddo. 1. Mai 1811 für Andreas Tomić und dessen Ehegattin, ob der im § 5 verabredeten Lebensverbesserung, dann für die im § 4 ausgesprochenen Erbtheile der Geschwister des Georg Tomić und für das versprochene Zubringen der Braut derselben Ursula Hribar;

b. der am 2. Sage seit dem 2. April 1822 für Hrn. Dr. Johann Burger intabulirten Schuldobligation ddo. 11. Dezember 1821 pr. 334 fl. C. M. sammt Zinsen, und

c. der am 3. Sage für die Frau Johanna von Hößern und Pauline Jabornik mittelst des Vergleiches ddo. 24. Juli 1823 exekutive intabulirten Forderung pr. 447 fl. 16 kr.

sub praes. 27. d. M. Z. 295 hieramts eingebracht, worüber zur ordentlichen mündlichen Verhandlung die Tagsatzung auf den 26. Mai 1865,

früh 9 Uhr, mit dem Anhang des S. 29 a. O. O. angeordnet, und den Geflagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Herr Josef Schweiger von Egg als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten aufgestellt worden ist.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter

Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen wissen werden, indem widrigenfalls diese Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden würde.

R. f. Bezirksamt Egg, als Gericht, am 27. Jänner 1865.

(645—2)

(Eingefendet.)

Sonntag den 9. April d. J. erscheint die erste Nummer der

„Wiener Börsenzeitung.“

(Herausgeber und verantw. Redakteur:

Alexander Scharf.)

Die „Wiener Börsenzeitung“ erscheint jeden Sonntag Morgens als ein Finanzorgan, das nicht nur für den Börsianer allein, sondern auch für jeden Kaufmann und Industriellen, wie überhaupt für jeden Besitzer von Staatspapieren, Aktien, Loosen u. s. w. unentbehrlich sein dürfte. — Die Prämumeration kostet sowohl für Wien als für die Provinz (inbegriffen die freie Zustellung in's Haus oder die frankierte Zustellung durch die Post): Ganzjährig fl. 8. Halbjährig fl. 4. Vierteljährig fl. 2. öst. W. Die Abonnementsbriefe sind zu adressiren an:

die Administration der „Wiener Börsenzeitung“ Wollzeile 30.

Zur Reise nach Paris

am 20. Mai.

Wegen unvorhergesehenen Hindernisses sind 2 gelöste Karten unter dem Preis zu vergeben. — Näheres in der Administration des Blattes. (656—1)

(403—2)

Zeugniß.

Ich litt durch längere Zeit an rheumatischen Zahnleiden, verbunden mit heftigem Ohren- und Kopfschmerz, wo alle versuchten Mittel ohne Erfolg waren; endlich versuchte ich das Anatherin-Mundwasser *), worauf ich in einigen Tagen von diesem Uebel gänzlich befreit wurde; daher kann ich dieses Mittel allen jenen Leidenden, welche mit einem solchen Leiden behaftet sind, bestens anempfehlen.

Wien.

Franz Pöhl, m. p.

R. f. Kassier.

Zu haben: In Laibach bei Ant. Krisper — Joh. Kraichovich — Karl Grill „zum Schinken“ Petridis & Pirker und Kraschowitz's Witwe; in Krainburg bei S. Krisper; in Bleiburg bei Herbst, Apotheker; in Warasdin bei Halter, Apotheker; in Neustadt bei D. Nizzoli, Apotheker; in Gurtfeld bei Fried. Bömches, Apotheker; in Strin bei Jahn, Apotheker; in Triest Hauptdepot bei Serravallo, dann bei Rocca, Zanetti, Rifovich und Rondolini, Apotheker, J. Weissenfeld, Luigi Lombardi; in Viskoflach, Oberkrain, bei Karl Fabiani, Apotheker; in Gög bei Franz Pazzar und Pantoni, Apotheker.

Zur Nachricht!

Gefertigte macht die ergebenste Anzeige, daß sich die Glaswaaren-Niederlage

der

GLAS-FABRIK OSREDEK

bei ihr befindet, und daß stets ein wohlaffortirtes Waaren-Lager von Kreiden-, grünem und Fensterglas am Lager gehalten wird, und sie dadurch in den Stand gesetzt ist, die Waare in größeren Partien um die Fabrikspreise abzugeben.

Auch sind in Detailverkauf die Preise ermäßigt.

Gleichzeitig empfiehlt die Gefertigte ihr bestaffortirtes Lager von Steingut-Geschirr.

Um zahlreichen Zuspruch bittet ergebenst

Neustadt, 29. März 1865.

(616—3)

Fanni Seidl,

Glashändlers-Witwe.

Zahnarzt Engländer aus Graz

erlaubt sich hiermit höflichst anzuzeigen, dass er hier angekommen ist und sich durch eine unbestimmte Zeit aufzuhalten gedenkt.

P. T. Zahnleidende wollen ihn gefälligst im „Hôtel Elephant“, Z.-Nr. 20 und 21 consultiren.

(660—1)